ZUKUNFT FÜR DIE LAUSITZ

BRAND GRÜN 26·17

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
IM BRANDENBURGER LANDTAG

© Laura Englert/Fraktion

Wo was steht

Grünes Thema
Zukunft für die Lausitz
S. 4

Verwaltung und Finanzen
Fit für die Zukunft
S. 12

NSU-Aufklärung
Damit die Zukunft sicherer wird!
S. 14

Grüne Grafik
Tierhaltungsanlagen: Tierschutz geht anders!
S. 16

Kitaqualität
Was macht eine Kita gut?
S. 18

Vogelwelt
Für Vogelgezwitscher auf den Feldern
S. 20

Ehrenamtskarte
Wer sich engagiert, fährt günstiger
S. 22

Grün im Gespräch
Mehr Personal für die Justiz
S. 24

Grünes Gericht
Auf Küchentour
S. 26

Grüne Termine
S. 28

Das letzte Wort hat …
S. 30

Liebe Leserin,
lieber Leser!

wie weiter nach der Braunkohle in der Lausitz? Dieser Frage geht die neueste Ausgabe unserer Fraktionszeitung brandGRÜN nach. Um den umfassenden Strukturwandel abzufedern und die Region auf die veränderten Herausforderungen vorzubereiten, fordert unsere Fraktion seit Jahren die Einrichtung eines Lausitzfonds. Wir finden: Wirtschaft, Kommunen und Beschäftigte der Braunkohleindustrie müssen bei dem anstehenden Wandel begleitet und unterstützt werden – Schritt für Schritt.

Zudem geht die aktuelle brandGRÜN vielen weiteren Fragen nach: Was macht eine Kita gut? Was soll die Geheimniskrämerei im NSU-Untersuchungsausschuss? Wie wird die Brandenburger Verwaltung fit für die Zukunft? Was hat Ehrenamt mit Bahnfahren zu tun? Wie viele Schweine und Hühner leben in Brandenburger Massenställen? Und warum zwitschern immer weniger Vögel auf unseren Äckern?

Wir wünschen Ihnen und Euch wie immer viel Freude beim Schmökern und Entdecken.

Ihre Ursula Nonnemacher

Ihr Axel Vogel

PS: Das Neueste über unsere politische Arbeit immer unter facebook.com/GrueneLandtagBB und twitter.com/GrueneLTBB

ZUKUNFT FÜR DIE LAUSITZ

„Trotz der zum Teil katastrophalen Folgen der Braunkohlewirtschaft – braune Spree, hohe Sulfat-Belastung und nicht zuletzt die Abbaggerung von Dörfern – war diese Branche lange ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region. Umso mehr ist es jetzt auch unsere Aufgabe hier im Landtag, der Verunsicherung über die Auswirkungen des klimawandelbedingten Ausstiegs aus der Braunkohlewirtschaft eine klare Perspektive entgegenzusetzen."

Heide Schinowsky,
bündnisgrüne Abgeordnete aus der Lausitz

© www.ideengruen.de | dipl.-ing. markus pichlmaier

BRAUNKOHLE IN DER ENERGIE-STRATEGIE 2030

Es war ein Paukenschlag! Kurz vor der Sommerpause gab Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) bekannt, dass das Brandenburger Klimaziel für 2030 drastisch gesenkt werden soll – und das in Zeiten des Klimawandels, nur kurz nach dem international hart erarbeiteten klimapolitischen Durchbruch mit dem Abkommen von Paris, zu dessen Umsetzung übrigens auch Brandenburg im Bundesrat seine Zustimmung gegeben hat.

Gerber begründete sein Vorgehen zwar mit veränderten Rahmenbedingungen; bei näherem Hinsehen zeigte sich jedoch: Grund für die Absenkung des Klimaschutzziels sind allein die Pläne des tschechischen Bergbaubetreibers LEAG. Die LEAG möchte das Kraftwerk Jänschwalde länger laufen lassen als vom ehemaligen Betreiber Vattenfall vorgesehen, nämlich bis 2033 anstelle der bisher geplanten Stilllegung 2028.

Energiepolitisch sind längere Laufzeiten für Braunkohlekraftwerke nicht notwendig – ganz im Gegenteil. Das geht auch aus dem Gutachten des Wirtschaftsinstituts Prognos hervor, das vom Wirtschaftsministerium als Grundlage zur Erstellung der neuen Energiestrategie beauftragt wurde (Gutachten hier: http://gruenlink.de/1e2z). Prognos hatte darin unter anderem dargestellt, dass und wie Brandenburgs zukünftige Energiepolitik ausgerichtet werden müsste, um Deutschlands Beitrag zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens nicht zu gefährden. Die geplante Klimaziel-Senkung ist maßgeblich dem Versäumnis der Landesregierung geschuldet, bisher kaum Antworten auf die kohleausstiegsbedingten Folgen für die Braunkohlewirtschaft und deren direkt und indirekt Beschäftigte in der Lausitz

Die Energiestudie „Kohleausstieg à la Brandenburg – Funktioniert die Energiestrategie 2030 der Brandenburger Landesregierung?“, die das Reiner Lemoine Institut (RLI) gGmbH und die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin in unserem Auftrag erstellt haben, ist hier zu finden: http://gruenlink.de/1duk

© www.ideengruen.de | dipl.-ing. markus pichlmaier

entwickelt zu haben. Genau darauf kommt es jetzt aber an: nämlich den Strukturwandel-Prozess aktiv zu gestalten. Ca. 8.000 direkte Arbeitsplätze wären hiervon betroffen. Alternativen lassen sich nicht von jetzt auf gleich entwickeln – umso verantwortungsloser, dass die Landesregierung die Lausitz mit dieser Herausforderung so lange allein gelassen hat. Im Sommer schien die Absenkung der Klimaziele und damit der Bruch des Koalitionsvertrages schon fast beschlossene Sache zu sein – ein im August geleakter Vermerk der Linksfraktion zeigte jedenfalls wenig Widerstandsgeist bei den Linken als Regierungspartner der SPD. Derzeit liegt der Entwurf für die neue Energiestrategie nun mit Hinweis auf mögliche energiepolitische Weichenstellungen auf Bundesebene auf Eis; statt im Herbst wird der Kabinettsbeschluss erst für Anfang 2018 erwartet. Es bleibt spannend.

STRUKTURWANDEL GESTALTEN – NEUE ARBEITSPLÄTZE FÜR DIE LAUSITZ

Seit langem zeichnet sich das Ende der Braunkohlewirtschaft ab: Wegen der steigenden Rentabilität erneuerbarer Energien wird Kohle immer weniger gebraucht. Vattenfall hatte sich deswegen aus der Lausitz verabschiedet. Die Entscheidungen der LEAG gegen einen Kraftwerksneubau und den Neuaufschluss des Tagebaus Jänschwalde Nord belegen, dass sich Investitionen in Braunkohle nicht mehr lohnen. Auch der Umstieg der Stadtwerke Cottbus von Braunkohle auf Gas bis 2022 ist Folge wirtschaftlicher Erwägungen. Mit dem Klimaabkommen von Paris hat sich Deutschland zudem zu einer deutlichen Reduktion der CO_2-Emissionen – und somit dem Ausstieg aus der Kohle – verpflichtet.

Dass die Lausitz von dieser klimapolitischen Entscheidung in besonderem Maße betroffen ist, ist auch auf Bundesebene bekannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte vor diesem Hintergrund angekündigt, den Strukturwandelprozess aktiv zu unterstützen. Wie das genau aussehen kann, muss nun mit der Bundesebene ausgehandelt werden. Wie groß indes die Verunsicherung in der Lausitz ist, zeigen nicht zuletzt die Bundestagswahlergebnisse: Angesichts wegziehender Kinder und Enkel, von Schließung bedrohter Schulen, zunehmender Engpässe bei der Ärzteversorgung und kaum mehr vorhandener Lebensmittelläden im ländlichen Raum wächst auch die Sorge mit Blick auf das Auslaufen der Braunkohlewirtschaft.

Wir Bündnisgrüne setzen uns seit langem dafür ein, den Kohleausstieg in der Lausitz konkret zu planen und aktiv zu gestalten.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode, im April 2015, hatten wir die Einrichtung eines Lausitzfonds gefordert, um Fördermittel bereitstellen zu können (http://gruenlink.de/1due). Im letzten Jahr hatte das Wuppertal Institut eine von uns beauftragte Studie vorgelegt, die eine proaktive Gestaltung des anstehenden Umbauprozesses beschreibt (http://gruenlink.de/1duf). Gemeinsam mit unseren sächsischen KollegInnen haben wir ein Strategiepapier entwickelt (http://gruenlink.de/1e30). Der Fonds wie auch die in der Lausitz geforderte – und von uns vor kurzem im Landtag beantragte – Steuerung des Strukturwandelprozesses (http://gruenlink.de/1duh) wurden jedoch im Landtag abgelehnt. Und obwohl namhafte ExpertInnen die gemeinsame Entwicklung eines Leitbilds und die Erstellung eines Masterplans für die Prozessgestaltung empfehlen, hat Rot-Rot bisher nichts davon in Angriff genommen.

Die Landesregierung setzt indes immer noch auf das Prinzip Hoffnung und versucht, den Eindruck zu erwecken, das Auslaufen der Braunkohlewirtschaft läge noch in weiter Ferne. Die bisher von ihr vorgelegten Vorschläge vermögen keine Aufbruchstimmung zu verbreiten. Umso größer ist die Aufgabe der neuen Bundesregierung, die notwendigen Schritte gemeinsam mit den AkteurInnen in der Lausitz auf den Weg zu bringen.

© www.ideengruen.de | dipl.-ing. markus pichlmaier

TAGEBAUFOLGEN: AUSSITZEN, GEHEIMHALTEN UND KLEINREDEN

Bei der Bewältigung der Folgen der Braunkohleförderung handelt die Landesregierung konsequent nach dem Motto „Aussitzen, geheimhalten und kleinreden". Ganz gleich, ob es um Verockerung und Sulfatbelastung, den massiven Wasserrückgang bei Seen im Umfeld des Tagebaus Jänschwalde oder die Arsenfunde im Ockerschlamm am Tagebau Welzow geht: Ergebnisse von Untersuchungen werden nicht veröffentlicht, Zusagen nicht eingehalten, eigentümliche Erklärungen geliefert oder sogar Landtagsbeschlüsse ignoriert.

Um Verockerung und Sulfatbelastung wirksam zu bekämpfen, braucht es einen strategischen Gesamtplan. Dieser langjährigen Forderung der Bündnisgrünen schloss sich im Dezember 2015 auch der Landtag an. Mit einem Jahr Verzug wurde den ParlamentarierInnen dann im September 2017 aber kein Plan, sondern lediglich ein Arbeitspapier zur Entwicklung einer Strategie vorgelegt. Damit ist es äußerst unwahrscheinlich, dass es in dieser Legislaturperiode noch einen Gesamtplan für die Eindämmung der Eisenocker- und Sulfatfrachten geben wird.

Weitgehend untätig bleibt die Landesregierung zudem beim Wasserrückgang von Seen im Umfeld des Tagebaus Jänschwalde, die seit Jahren massiv an Wasser verlieren. Trotz der tagebaubedingten großflächigen und entsprechend belegten Absenkung des Grundwassers bestreitet die Landesregierung einen Zusammenhang mit der Braunkohleförderung. Nach dem dramatischen Fischsterben im Pastlingsee im Sommer 2015 wurde für diesen See nach Ursachen geforscht – mit dem Ergebnis, dass der Wasserrückgang hauptsächlich auf den Tagebau zurückzuführen sei. Einsehen dürfe die Öffentlichkeit das entsprechende Gutachten jedoch nicht, beschied Umweltminister Jörg Vogelsänger (SPD). Und für die anderen Seen gebe es keinen Handlungsbedarf – der Wasserrückgang sei wahrscheinlich klimwandelbedingt, und da könne man ja nichts machen.

Unklarheit herrscht auch weiterhin zu den vom Umweltverband BUND ermittelten erhöhten Arsenwerten im Ockerschlamm am Rande des Tagebaus Welzow. Nach einigem Anfragen und Nachhaken wurde nun verkündet: Es gebe keine Probleme. Und falls es erhöhte Werte gegeben haben sollte, könnte die Ursache dafür im Split und Schotter ehemaliger Wegbefestigungen liegen. Das Granulat soll ins Wasser gefallen sein; von dort könnte dann das Arsen ausgespült worden sein. Der riesige Tagebau habe damit natürlich nichts zu tun.

© www.idee-gruen.de | dipl.-ing. markus pichlmaier

FIT FÜR DIE ZUKUNFT

Trotz guter Wirtschaftsdaten und steigender Staatseinnahmen ist Brandenburg noch immer meilenweit vom bundesdeutschen Durchschnitt entfernt. Ob Einkommen, Produktivität oder Steuerkraft: Eine Vielzahl von Kennziffern belegt, dass wir unverändert dem Westen hinterherhinken. Der Aufholprozess kommt nicht voran.

Effiziente Verwaltungsstrukturen und der effektive Einsatz öffentlicher Mittel sind daher wichtige Grundlagen einer klugen, vorausschauenden Landespolitik. Genau dies war das ursprüngliche Ziel der aus dem Ruder gelaufenen Verwaltungsreform.

Durch sie sollte die Erfüllung öffentlicher Aufgaben trotz schrumpfender Bevölkerung in den Randregionen näher an die BürgerInnen herangebracht werden. Kreise, Städte und Gemeinden sollten mit gestärkten Verwaltungen mit weniger Aufwand mehr Aufgaben besser wahrnehmen können. Zugleich sollten mit der Reform den EinwohnerInnen erweiterte Mitbestimmungsrechte gegeben werden.

Das öffentliche Bild war aber ein anderes: Gravierenden Fehlern der Landesregierung ist es geschuldet, dass die Reform in der breiten Öffentlichkeit mit Ängsten besetzt und als Zentralisierungsmaßnahme umgedeutet wurde. Nun drohen nach dem Scheitern der Kreisgebietsreform für uns Grüne die entscheidenden anderen Inhalte des Projekts unterzugehen. Kein gutes Zeichen für den Rest der Wahlperiode.

Aber nicht nur in den Verwaltungsstrukturen, auch im Haushalt muss umgesteuert werden, um das Land fit für die Zukunft zu machen.

Die jährlichen Überschüsse im Landeshaushalt und der Aufbau einer milliardenschweren Rücklage wurden mit überzogenem Personalabbau, Niedrigbesoldung im Landesdienst und unterlassenen Investitionen erkauft. Marode Landesstraßen und Funklöcher zeugen genauso wie Unterrichtsausfall und fehlende Lehrkräfte von falschen Prioritäten in der Vergangenheit. Durch die ostdeutschlandweit einmalige Verbeamtungswelle der Anfangsjahre rollen zudem horrende Pensionszahlungen auf uns zu.

Statt weiterhin Überschüsse anzuhäufen, müssen die aktuell noch hohen Einnahmen des Landes für Investitionsprogramme genutzt werden. An erster Stelle stehen dabei für uns Grüne Investitionen in Busse und Bahnen, schnelles Internet und Maßnahmen zur Energieeinsparung. Die Landesbediensteten in den niedrigen Besoldungsgruppen müssen besser bezahlt werden. Die Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte müssen massiv ausgebaut und der Stellenabbau in Justiz und Verwaltung muss gestoppt werden.

Da für die aktiven BeamtInnen nicht in die Rentenversicherung einbezahlt wird, wollten wir nach Thüringer Vorbild die hier eingesparten Mittel in den Jahren mit Haushaltsüberschüssen zur Schuldentilgung verwenden, um zukünftige Haushalte bei den späteren Pensionszahlungen zu entlasten. Dies wurde von Rot-Rot leider abgelehnt.

DAMIT DIE ZUKUNFT SICHERER WIRD!

Als der Terrorist Anis Amri am 19. Dezember 2016 in den Berliner Weihnachtsmarkt raste, war das Staatsversagen rund um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) seit fünf Jahren bekannt. Trotzdem profitierte auch der Islamist davon, dass Sicherheitsbehörden ihre Erkenntnisse nicht umfassend ausgewertet und nur mangelhaft kooperiert haben. „Wenn wir Terroranschläge verhindern wollen, müssen wir das NSU-Desaster gründlich aufarbeiten“, betont Ursula Nonnemacher, die innenpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion. „Denn nur, wenn wir die Mängel im Staatsapparat kennen, können wir sie beseitigen.“

Die Sicherheitspolitikerin hält es daher für „unverantwortlich, dass die brandenburgische Landesregierung den NSU-Untersuchungsausschuss mehr behindert als unterstützt“.

Das Landtagsgremium soll unter anderem folgende Frage klären: Hätte der märkische Verfassungsschutz die Mord- und Überfallserie des NSU verhindern können, wenn er seine Erkenntnisse im Sommer 1998 an die Polizei weitergegeben hätte? Denn V-Mann „Piatto“ hatte von Bewaffnungs- und Überfall-Plänen des Trios berichtet, das heute als NSU bekannt ist – und, wer die flüchtigen Neonazis unterstützte.

Dieser Kernfrage kann sich der Ausschuss erst eineinhalb Jahre nach seiner Einsetzung annähern. „Die Hauptursache sind späte Aktenlieferungen und die Geheimniskrämerei von Verfassungsschutz und Polizei“, erklärt Ursula Nonnemacher. Selbst Zeitungsberichte wurden in einem Geheimschutzraum weggeschlossen und darin enthaltene Neonazi-Namen geschwärzt.

„Folglich konnten wir beim ersten Thema nur eingeschränkt und schon gar nicht transparent aufklären“, bedauert die bündnisgrüne Obfrau im Ausschuss. Es ging um „Die Nationale Bewegung“, die in den Jahren 2000 und 2001 Brandanschläge verübt hat. Die Täter konnten nicht gefasst werden, obwohl der Generalbundesanwalt wegen Terrorverdachts ermittelt hat.

Brandenburgs Verfassungsschutz spielte dabei eine dubiose Rolle: Ein V-Mann warnte beispielsweise einen rechtsextremistischen Versandhändler vor einer großangelegten Durchsuchungsaktion, von der sich die Polizei Erkenntnisse zur „Nationalen Bewegung“ erhoffte.

Für den Verdacht, dass der Verfassungsschutz hinter der „Nationalen Bewegung“ stecken könnte, gibt es bisher keine Belege. Allerdings fehlten bei vielen Zeugenvernehmungen wichtige Akten. Darauf machte ein Kriminalhauptkommissar die Abgeordneten aufmerksam.

In der Folge hat das Innenministerium mehrere tausend Seiten nachgeliefert – ein dreiviertel Jahr nach dem entsprechenden Beweisbeschluss. „Viel zu spät“, so Ursula Nonnemacher – und geheim eingestuft: „Auf diese Weise soll verhindert werden, dass wir darüber informieren, welch‘ hanebüchenes Verfassungsschutzhandeln wir festgestellt haben.“

Die bündnisgrüne Abgeordnete bedauert zudem, dass die Ausschussmehrheit entschieden hat, einige Zeugen komplett nicht-öffentlich zu vernehmen – „dabei ist der Untersuchungsausschuss doch gerade der Öffentlichkeit verpflichtet“.

© Fraktion

Auch wenn es Überwindung kostet, weil die Inhalte abstoßend sind: Ursula Nonnemacher wertet Magazine der Neonazi-Szene für die Arbeit im NSU-Untersuchungsausschuss aus

GRÜNE GRAFIK

TIERHALTUNGSANLAGEN: TIERSCHUTZ GEHT ANDERS!

Trotz des erfolgreichen Volksbegehrens gegen die Massentierhaltung geht der Ausbau der industriellen Tierhaltung in Brandenburg ungebremst weiter. Vor allem dort, wo die Haltungsbedingungen besonders schlecht sind, also beim Geflügel und insbesondere bei den Puten, erreichen wir traurige Rekordwerte. Das zeigen die Antworten der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage.

Tierplätze 2013

Zukünftige Tierplätze*

*Mindestens erwarteter Zuwachs an Tierplätzen aufgrund bereits erteilter Genehmigungen

Tierplätze 2016

Unsere Kleine Anfrage und die Antwort der Landesregierung unter http://gruenlink.de/1dcw (PDF)

Zahlen: Antwort der Landesregierung auf unsere Kleine Anfrage "Tierhaltungsanlagen in Brandenburg"

© Harald Biebel/Shotshop.com, branex/Shotshop.com

KITAQUALITÄT

WAS MACHT EINE KITA GUT?

© marcobir/fotolia.com

Brandenburg hält deutschlandweit die Spitzenposition bei der Kinderbetreuungsquote. 57,2 Prozent aller Kinder unter zwei Jahren besuchten hier im Jahr 2016 eine Kindertagesstätte. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen, dem Schlusslicht, waren es nur 25,7 Prozent.

Gleichzeitig belegt Brandenburg beim Betreuungsschlüssel, also der Frage, wie viele Kinder auf eine Erzieherin oder einen Erzieher kommen, im Bundesvergleich die hinteren Ränge – den vorletzten Platz bei den 0- bis 3-Jährigen und den zwölften Platz bei den 3- bis 6-Jährigen. Das geht aus neuen Zahlen der Bertelsmann Stiftung hervor. Wir erkennen zwar an, dass die Landesregierung sich hier um Verbesserungen bemüht hat – diese reichen aber bei Weitem noch nicht aus. Weitere Anstrengungen bei der Schlüsselverbesserung sind dringend nötig. Nur so können die Qualitätsanforderungen an Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen erfüllt werden.

Aber nicht nur die Gruppengröße macht die Qualität einer Kita aus. Auch Faktoren wie Räume und Einrichtung spielen eine Rolle, ebenso wie der Umgang mit den Kindern und deren Förderung. Wie gehen die KitamitarbeiterInnen auf ihre Schützlinge ein, wecken ihre Neugier und Phantasie, bringen sie beispielsweise durch Nachfragen zum Sprechen und Nachdenken über ihre Umwelt? Gibt es Schwerpunkte, beispielsweise Musik oder den Umgang mit Medien? Wird Inklusion gelebt? Schließlich sind auch die Vorstellungen des pädagogischen Personals über kindliche Entwicklung, über pädagogische Ziele und Normen sowie ihre Zusammenarbeit mit den Eltern entscheidend für die Qualität einer Kita.

Qualität setzt sich also aus vielen Einzelaspekten zusammen. Weil wir so wenig über die Qualität in den Brandenburger Kitas wissen, fordert unsere Fraktion einen externen Qualitätsvergleich, ein so genanntes Monitoring. Die Landesregierung hat hierzu bisher ihre Regelungskompetenz, die sie durch das Kindertagesstättengesetz hat, nicht ausgeschöpft. Dies soll sie nun in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Trägern nachholen und mit ihnen ein Konzept vorlegen, wie ein landesweiter Qualitätsvergleich aussehen kann. Dieses Anliegen wird offensichtlich nach unserer Anregung von der rot-roten Koalition und der CDU geteilt, so dass es dazu wahrscheinlich einen gemeinsamen Beschluss des Landtags geben wird.

FÜR VOGEL-GEZWITSCHER AUF DEN FELDERN

Anzeichen gab es schon länger, jetzt ist es leider amtlich: Auf Brandenburgs Äckern zwitschern immer weniger Vögel. In den vergangenen zwanzig Jahren sind die Brutvogelbestände in der Agrarlandschaft stark eingebrochen. Von 39 erfassten Vogelarten haben 30 zwischen 1995 und 2016 im Bestand abgenommen. Bei Arten wie dem Kiebitz oder dem Rebhuhn hat sich der Bestand sogar mehr als halbiert. Und drei Vogelarten rutschen in der Roten Liste in die Kategorie 1, „vom Aussterben bedroht". Das alles geht aus den Antworten auf unsere Große Anfrage „Entwicklung der Vogelwelt in Brandenburg" hervor. Die Landesregierung bestätigt darin auch, dass der dramatische Rückgang unter anderem auf die immer intensiver arbeitende Landwirtschaft zurückzuführen ist. So hat beispielsweise der Anbau von Energiepflanzen stark zugenommen; allein Mais nimmt inzwischen 19 Prozent der Landwirtschaftsfläche ein. 2003 waren es noch 11 Prozent.

So kann es nicht weitergehen! Wenn unsere Kinder noch wissen sollen, was ein Rebhuhn ist, brauchen wir eine andere Landwirtschaft. Das schaffen wir nur mit ökologischen Vorgaben – und wenn wir alle LandwirtInnen und BäuerInnen unterstützen, die etwas für die Umwelt tun wollen. Im letzten Plenum haben wir daher mehr Geld für den Artenschutz gefordert. Konkret wollten wir im nächsten Haushalt eine Verdoppelung der Mittel für den Vertragsnaturschutz, eine Förderung von Brachen, Blühstreifen und vielfältigen Fruchtfolgen sowie höhere Umstellungsprämien für den Ökolandbau. Und das aus gutem Grund: In der Antwort auf unsere Anfrage muss auch die Regierung zugestehen, dass Ökolandbau einen riesigen Unterschied macht. Im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, wo seit Jahren großflächig ökologischer Landbau betrieben wird, wurden zwei-bis fünffach so hohe Dichten an Brutvögeln nachgewiesen wie in Vergleichsgebieten ohne ökologische Bewirtschaftung.

Die Fakten sprechen also für sich, unser Antrag wurde auf Drängen der SPD dennoch abgelehnt. Mit welcher Begründung? Die Debatte zum Nachschauen gibt es beim rbb (http://gruenlink.de/1drc), die Ergebnisse unserer Großen Anfrage unter http://gruenlink.de/1dra.

Der Neuntöter ist einer der Vögel, deren Bestand auf unseren Feldern zurückgeht

© Rainer Fuhrmann/fotolia.com

WER SICH ENGAGIERT, FÄHRT GÜNSTIGER

Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll im gesamten Gebiet des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) Busse und Bahnen vergünstigt nutzen können. Das haben wir im Juni 2017 mit einem Antrag gefordert (http://gruenlink.de/1drs). Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen. Dort werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Ehrenamtliche Vergünstigungen bekommen.

Ehrenamtliches Engagement ist elementarer Bestandteil einer lebendigen Zivilgesellschaft und trägt zum Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger bei. Für besonders engagierte EhrenamtlerInnen gibt es als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung in Brandenburg seit 2013 und in Berlin seit 2011 eine Ehrenamtskarte. Seit Ende 2016 gilt sie länderübergreifend. Wer mehr als 200 Stunden im Jahr ehrenamtlich tätig ist, hat Anspruch darauf. Damit verbunden sind Vergünstigungen und Rabatte bei rund 130 Partnern, unter anderem in Zoologischen Gärten, Theatern, im Filmpark Babelsberg oder im Freizeitpark Tropical Islands. Medienberichten zufolge wurden in Brandenburg seit Einführung 2013 1600 Ehrenamtskarten ausgegeben, in Berlin seit 2011 7500.

Viele der vergünstigten Angebote ballen sich aber in den berlinnahen Regionen. Gerade in ländlicheren Gegenden sind die Attraktionen, wofür Rabatte gewährt werden, dünner gesät – dort wären vergünstigte Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) besonders attraktiv. Damit noch mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger einen praktischen Nutzen aus der Ehrenamtskarte ziehen, fordern wir die Landesregierung auf, entsprechende Verhandlungen mit Berlin und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg zu führen.

Eine Ehrenamtskarte, mit der man zum vergünstigten Preis den ÖPNV in Berlin und Brandenburg nutzen könnte, hätte zweifachen Nutzen: Sie würde den gesellschaftlichen Wert ehrenamtlichen Engagements noch stärker als bisher würdigen. Zugleich würde es für Ehrenamtliche attraktiver werden, auf Bus und Bahn umzusteigen. Davon würde auch der VBB profitieren.

In Berlin gibt es bereits die Praxis, jährlich 14.000 Einzelfahrscheine an engagierte BürgerInnen zu verteilen. In Brandenburg wird dergleichen noch nicht umgesetzt. Optimal wäre es, wenn die Regelung länderübergreifend gelten würde. Auf Brandenburger Seite wäre dazu erforderlich, dass die Landesregierung Gelder für die im VBB organisierten Verkehrsbetriebe bereitstellt. Diese müssen jedoch zusätzlich zu den vorhandenen Mitteln für den ÖPNV fließen.

© Michael Jungclaus

MEHR PERSONAL FÜR DIE JUSTIZ

Claudia Odenbreit ist Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Landesverband Brandenburg – dem größten Berufsverband der RichterInnen und StaatsanwältInnen in Deutschland. Sie hat mit uns über den Status quo der Brandenburger Justiz gesprochen.

Wo im Bereich Justiz ist Brandenburg besonders gut?
Mit Blick auf eine immer älter werdende Gesellschaft kann die Justiz z. B. im Betreuungsbereich wertvolle Unterstützung bieten. Dies gilt selbstverständlich auch in anderen Bereichen (Nachlass, Grundbuch, Familiengerichte etc.). Da unsere Gerichte in der Fläche vertreten sind, sind wir nah bei den Bürgerinnen und Bürgern und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung. Gerade unsere kleinen Gerichte arbeiten sehr effizient.

Wo sehen Sie momentan die größten Baustellen?
Unsere Verfahrenslaufzeiten sind zu lang und für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zumutbar. Die uns weiter sehr belastenden haushalterischen Sparvorgaben, nach denen wir auch in den kommenden Jahren noch erheblich Personal abbauen müssen – prozentual mehr als alle anderen Bereiche der Landesregierung –, führen dazu, dass sich diese Laufzeiten künftig noch weiter verlängern. Ein sehr großes Problem ist die auf uns wie auch auf die anderen neuen Bundesländer zurollende Pensionierungswelle. Das Land hat in den vergangenen Jahren eine ausreichende Vorsorge verschlafen. Das Problem wird kaum noch zu lösen sein. Verschärft wird dies dadurch, dass wir auch in den nächsten Jahren kaum neue Kolleginnen und Kollegen einstellen dürfen. Hinzu kommt: Unser Personalbedarfsberechnungssystem (Pebb§y), an dem wir gerne gemessen werden, berücksichtigt nur neu eingehende Verfahren. Die Aktenbestände bleiben unberücksichtigt. Jedes Mal, wenn ein Kollege bzw. eine Kollegin in den Ruhestand gegangen ist und nicht ersetzt wurde, sind die noch offenen Verfahren auf die anderen verteilt worden. Und die Sozialgerichtsbarkeit leidet noch immer an dem Verfahrensstau aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung.

Claudia Odenbreit

© Claudia Odenbreit privat

Bestehen hier aus Ihrer Sicht Unterschiede zwischen ordentlicher und Verwaltungsgerichtsbarkeit?
Die Verfahrenslaufzeiten bei den Verwaltungsgerichten waren schon lange unzumutbar. Durch die Hilfestellung aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit konnten diese zwischenzeitlich verkürzt werden. Die Vielzahl neuer Asylverfahren dürfte diesen Erfolg jedoch zunichte gemacht haben. Immerhin ist es ein gutes Zeichen, dass für diesen Bereich 2016 und 2017 neue Richterinnen und Richter eingestellt wurden.

Wie steht es um die Chancengleichheit für Frauen im Mittelbau und in höheren Positionen?
In der jüngsten Vergangenheit wurde erfreulicherweise wieder eine Frau Präsidentin des Landessozialgerichts. Zudem sind erstmals in Brandenburg zwei Frauen zu Präsidentinnen eines Landgerichts ernannt worden, zeitgleich die Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts. Gleichwohl müssen wir weiter daran arbeiten, dass Richterinnen und Richter in Brandenburg die gleichen Chancen erhalten, Vorsitzende zu werden, in Präsidentenstellen aufzurücken oder andere Führungspositionen zu bekleiden. Da ist immer noch Luft nach oben.

REGIONALER MITTAGSTISCH IN LÜBBEN

© Heike Volkmer

Im Rahmen seiner „Küchentour“ hat Benjamin Raschke die Kantine „Zur Ratsecke“ in Lübben/Spreewald besucht. Hat’s geschmeckt? „Ich kann es nur empfehlen.“ Nicht nur Rezeptideen, vor allem politisch hat unser Abgeordneter vieles mitgenommen: „Hier zeigt sich, wie viel Einfluss Politik hat: Der Landkreis als Verpächter hat nicht nur eine günstige Mittagsverpflegung zur Auflage gemacht, sondern auch Regionalität und mindestens eine vegetarische Alternative. Vorbildlich!“ Klar wurde aber auch, wie schwierig das im Alltag sein kann: Besonders kleinere Gastro-Betriebe verfügen häufig gar nicht über die Logistik, um regionale Produkte einzukaufen. „Kleine Mengen regionaler Milch oder Eier lohnen sich leider häufig weder für den Bauern noch für die Köchin. Hier müssen noch bessere Netzwerke entstehen!“, meint Benjamin Raschke. Wirklich gelungen ist hier der Katalog des Spreewaldvereins für KöchInnen – mit vielen Produkten von AnbieterInnen aus der Region.

Und nach der Küchentour? Werden die Ergebnisse im Landtag verarbeitet. Das Land kann noch viel mehr tun für regionale Produkte, das hat die Tour schon jetzt gezeigt.

Pochierte Eier à la Ratsecke

mit Spreewälder Senfsoße im Rote-Bete-Kartoffelschneenest

© fotolia.com

Zutaten für 4 Personen
800 g Kartoffeln, 200 g Rote Bete, ¼ l Milch, 50 g Mehl, 2 EL Senf, 4 Eier, Essig, Butter, Sahne, Salz, Pfeffer, Muskat, Zucker

Rote-Bete-Kartoffelschneenest

Kartoffeln und Rote Bete schälen und in Wasser gar kochen oder mit einem Kartoffelsieb dämpfen. Anschließend mit Butter und Milch zu Püree verarbeiten, am besten mit einer Kartoffelstampfe. Mit Salz, Pfeffer und Muskat abschmecken.

Senfsoße

50 g Butter in einem Topf zergehen lassen, dann mit 50 g Mehl eine Mehlschwitze anrühren. Diese mit dem Kartoffelwasser ablöschen und bis zur gewünschten Soßenkonsistenz Kartoffelwasser und einen Schuss Sahne dazugeben. Mit Salz, einer Prise Zucker und einem Schuss Essig abschmecken. Wenn die Soße nicht mehr kocht, mit Senf abschmecken.

Pochiertes Ei

Für die pochierten Eier einen Topf mit Wasser und einem Schuss Essig zum Kochen bringen. Je ein Ei in eine Tasse schlagen. Mit dem Schneebesen einen Wirbel im Kochtopf erzeugen, dann das Ei in der Mitte des Wirbels ins Wasser gleiten lassen. 3–5 Minuten bei mittlerer Hitze ziehen lassen. Ebenso mit den anderen Eiern verfahren.

Bunt gegen Diskriminierung
Menschen, die im öffentlichen Bereich Diskriminierung erleben, sollen eine Handhabe bekommen, um sich zur Wehr setzen zu können. Dafür haben wir einen Entwurf für ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt. Zwar gibt es bereits ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz auf Bundesebene (AGG), dieses deckt aber nur den Privatrechtsverkehr (etwa Mietverträge, Zugang zu Gaststätten) und die Erwerbstätigkeit, nicht jedoch den öffentlichen Bereich (z. B. Behörden, Schulen) ab. Diese Regelungslücke sollte unser Gesetzentwurf füllen. Gleichzeitig zielte er darauf ab, in den öffentlichen Verwaltungen eine Kultur der Vielfalt und Toleranz zu fördern. Leider hat die SPD diese Notwendigkeit nicht gesehen und den Gesetzesentwurf kurzerhand versenkt.

GRÜNE TERMINE

- **Ausstellung „Irrweg Pestizide“**
  Ab Mitte Dezember können sich Interessierte auf unserem Flur im Landtag eine neue Ausstellung zu den Folgen industrieller Landwirtschaft ansehen.
- **Zukunftstag 2018: Jetzt schon anmelden!**
  Jugendliche ab der 7. Klasse können uns am 26. April 2018 einen Tag lang bei unserer Arbeit im Landtag begleiten. Ab Anfang 2018 könnt ihr euch hier anmelden: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/zukunftstag-2018
- **Fachgespräche zu verschiedenen Themen**
  In den kommenden Monaten planen wir unter anderem Fachgespräche zu den Themen Psychiatriebeirat und Hochwasserschutz. Genaueres immer ganz aktuell in unserer Terminübersicht: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

© Seema Mehta/Fraktion

Das letzte Wort hat …

„Nach der Wende ist Brandenburg auch als Oase, als Rückzugsort für viele bedrohte Pflanzen und Tiere, angelegt worden. Heute ist es so, dass viele der bedrohten Tier- und Pflanzenarten nach Berlin flüchten, weil sie dort unter Rot-Rot-Grün Zuflucht finden.“

Benjamin Raschke
Umweltpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Laut OECD sitzt auf jeder dritten Kinderhüfte zu viel Fett. Essensgewohnheiten werden früh geprägt. Insofern wäre eine Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen im Effekt wohl unendlich wertvoller als der Preis, den wir dafür ausgeben.“

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin
ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Wenn die letzte Billig-Airline pleite ist, Mehrwertsteuer auf alle Flugreisen kommt und Kerosin ähnlich besteuert wird wie Benzin oder Bahnstrom – dann werden wir sehen, ob BER & Co. tatsächlich zu klein sind.“

Michael Jungclaus
Verkehrspolitischer Sprecher
michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Bis heute ist in der Öffentlichkeit nur wenig darüber bekannt, welch schlimme Erfahrungen Kinder und Jugendliche in manchen DDR-Einrichtungen wie z. B. Heimen oder Jugendwerkhöfen erlitten haben und wie hierin ihre Zukunftschancen verbaut wurden. Das Mahnmal in Bad Freienwalde soll die Erinnerung an das dort erlebte Leid wachhalten.“

Heide Schinowsky
Aufarbeitungspolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Während Sie von der AfD die Zeit und den gesellschaftlichen Fortschritt zurückdrehen wollen, weil Leute wie Herr Gauland Sehnsucht nach dem Deutschland ihrer Väter haben und sich im Hier und Jetzt nicht mehr zurechtfinden, zieht die Karawane weiter in die entgegengesetzte Richtung.“

Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Kein Kind darf die Schule als funktionaler Analphabet verlassen, weder als analoger noch als digitaler Analphabet.“

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

© Katharina Burr/Fraktion

DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Klein, aber oho: Unsere Fraktionszeitung brandGRÜN ist randvoll mit Neuigkeiten über unsere Arbeit im Brandenburger Landtag. Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frech und handlich sein, nah an Euch und Ihnen dran.

Wer brandGRÜN viermal im Jahr kostenlos nach Haus bekommen möchte, bestellt sie hier: **www.brandgruen.de**

Wer brandGRÜN online lesen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter

Wer uns die Meinung sagen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

Diese Veröffentlichung informiert über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM

brandGRÜN
Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Katharina Buri
Titelbild: © Kristina Heldmann/ZITRUSBLAU
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com

klimaneutral
natureOffice.com | DE-287-715655
gedruckt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM BRANDENBURGER LANDTAG